

## **INI4 Für eine menschenwürdige Geflüchtetenpolitik**

Antragsteller\*in: KV Jena

Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

### **Antragstext**

1 Die Migration ist das beherrschende Thema der aktuellen politischen Debatte. Mit  
2 Erschrecken sehen wir, dass der Diskurs sich immer weiter nach rechts  
3 verschiebt. Wo der Vorschlag von Gewalt gegen Flüchtende an der Grenze vor  
4 wenigen Jahren noch ein Tabubruch der AfD war, wird dies heute von führenden  
5 CDU-Politikern vorgeschlagen. Uns ist bewusst: Niemand flieht freiwillig. Die  
6 Menschen, die die Gefahren einer Flucht auf sich nehmen, verdienen auch mit  
7 Blick auf die deutsche Geschichte unseren Schutz und ein rechtsstaatliches  
8 Asylverfahren. Diese Unterstützung der Geflüchteten stellt für Land und  
9 Kommunen, die sie versorgen, eine erhebliche Herausforderung dar. Wir weisen  
10 allerdings die Annahme zurück, dass diese Belastung durch Abschiebungen  
11 gemindert werden könnte. Wer mit populistischen Forderungen nach mehr  
12 Abschiebungen auf Stimmenfang geht, löst weder die finanziellen noch personellen  
13 Probleme der Kommunen. In den letzten Monaten ist es dem zuständigen Ministerium  
14 nicht gelungen, für eine menschenwürdige Unterbringung der Geflüchteten in den  
15 Erstaufnahmeeinrichtungen zu sorgen. Die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl ist  
16 dauerhaft überbelegt. In Hermsdorf sind wiederholt Krankheiten wie Krätze  
17 ausgebrochen. Diese Zustände müssen schnellstmöglich verbessert werden.  
18 Mittelfristig wird die Einrichtung in Hermsdorf geschlossen. Wir begrüßen die  
19 Initiative des neuen Migrationsministers, neue Kapazitäten in besser geeigneten  
20 Gebäuden, wie zum Beispiel in Gera zu schaffen. Die erfolgreiche Unterbringung  
21 von Geflüchteten kann nur in Zusammenarbeit von Land und Kommunen gelingen. Das  
22 reflexhafte Abwehrverhalten mit Blick auf neue Erstaufnahmeeinrichtung einiger  
23 kommunalpolitischer Verantwortlicher führt zur weiteren Stigmatisierung von  
24 Geflüchteten. Wir wollen die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben  
25 unterstützen. Das heißt für uns, dass wir die erforderlichen Mittel in  
26 ausreichender Höhe sowohl für die Unterbringung geflüchteter Menschen als auch  
27 für sogenannte Rechtskreiswechsler nach dem SGB II und SGB XII in den Haushalt  
28 2024 einstellen werden. Insbesondere sollen dabei die finanziellen Hilfen des  
29 Bundes (Beschluss MPK) an die Kommunen weitergegeben werden. Wir wissen um die  
30 gigantische Verantwortung der Kommunen bei der Integration von Geflüchteten. Von  
31 der Bereitstellung von Kitaplätzen über Wohnraum bis zur Schaffung von  
32 Schulkapazitäten leisten die Verantwortlichen einen wertvollen Beitrag. Dieser  
33 wichtigen Aufgabe muss das Land Rechnung tragen. Für ein echtes Ankommen in der  
34 Thüringer Gesellschaft ist die Integration in den Arbeitsmarkt alternativlos.  
35

36 Hierfür müssen die Arbeitsverbote für alle Geflüchteten aufgehoben werden. Das  
37 verlangt von Geflüchteten auch Eigenengagement. Es bedarf allerdings mindestens  
38 vergleichbaren Anstrengung der Thüringer Gesellschaft zur Schaffung einer  
39 Willkommenskultur. Insbesondere die Thüringer Wirtschaft muss sich öffentlich  
40 stärker zur Notwendigkeit einer Integration in den Arbeitsmarkt bekennen. So  
41 können wir Thüringen als attraktiven Lebensmittelpunkt und Arbeitsstandort  
42 weiter etablieren. Wir Sozialdemokrat:innen treten einer populistischen Debatte  
43 mit Sachargumenten und klarer Haltung entgegen. Wir werden das Asylrecht nicht  
den Rassist:innen preisgeben.